

Mit Klimapolitik gegen Putin

Europa kann den Weg aus dem Ukraine-Konflikt vorspüren.

Ein kurzer, harter Sanktionsschlag würde Russlands Krieg die Grundlagen entziehen.

Ulrich Blum

Als Präsident Putin am 24. Februar 2022 den Krieg gegen die Ukraine eröffnete, sprach er von einer Spezialoperation, hoffend, dass ihm das Land in wenigen Tagen weitgehend kampflos in die Hände fallen würde – er hat sich geirrt. Seine strategische Analyse war falsch, und seine militärische Operationsführung verweist auf fehlende Koordination. Aber auch wenn Russlands Streitkräfte schwächen: Die Ukraine wird den Krieg wahrscheinlich nicht in erhoffter Weise militärisch gewinnen, also einschliesslich der Befreiung der Krim. Denn das würde vermutlich zur atomaren Eskalation führen. Der Westen wird die Ukraine nicht zu einem Waffenstillstand zwingen. Die Atempause würde Russland wohl nutzen, um sich für einen neuen Waffengang zu rüsten.

Der Krieg muss dort beendet werden, wo er begann, nämlich ökonomisch. Denn mit der globalen Defossilisierung der Wirtschaft wird das Geschäftsmodell der Russischen Föderation einer extraktiven Rohstoffwirtschaft, die den Wohlstand auf eine kleptokratische Elite verteilt, unter Druck geraten. Ohne die Rohstoffwirtschaft würde die «Geldmaschine» stottern, wären die systematisch verfolgten Ziele eines Wiederherstellens alter Grösse dauerhaft abzuschreiben – die Klimapolitik ist aus russischer Sicht eine implizite Kriegserklärung.

Einigkeit ist nötig

Der Internationale Währungsfonds prognostizierte bereits 2020 für Russland einen Rückgang der Wirtschaftsleistung bei «net zero» von rund 10 Prozent. Folgerichtig machte man den Westen mit Gas als Energieträger des Übergangs abhängig, rüstete selbst auf und eskalierte – von Georgien (2008) über die Krim und Ostukraine (2014) bis zum Einmarsch in die Ukraine (2022).

Aus seiner eigenen Geschichte heraus wird Präsident Putin das Signal einer machtvollen wirtschaftlichen Spezialoperation verstehen, sieht er doch zu Recht den Niedergang der Sowjetunion – für ihn eine der grössten Katastrophen des 20. Jahrhunderts – und die Anpassungskrisen danach als Folgen wirtschaftlicher Schocks: Auszehrung durch den Afghanistan-

krieg und damit einhergehend die Folgen der Sanktionen des Westens, vor allem gegen die Öl- und Gasindustrie (1980–1982), Star-Wars-Programm (1985) unter US-Präsident Ronald Reagan mit dem «Zwang» des Gegenrüstens, Verfall der Ölpreise Anfang der 1990er Jahre. Genauso eine analoge Entwicklung ist Putin zu präsentieren

Das wird Europa erhebliche Opfer abverlangen – diese sollte man als Investition in den Frieden begreifen.

– denn es gilt: Wenn ein Wirtschaftskrieg nicht zu vermeiden ist, weil alle Alternativen schlechter sind, dann sollte man ihn konsequent führen.

Zurzeit hat Präsident Putin nach der miserablen Fehleinschätzung beim Überfall auf die Ukraine keine Exit-Option. Die USA haben an einer solchen kein Interesse, weil sie Russlands globalen Handlungsrahmen einengen wollen. Deshalb muss Europa einen Ausweg entwickeln. Insbesondere gilt es, zu verhindern, dass Sanktionen durch «Rally around the flag»-Effekte einen künftigen Ausgleich mit der russischen Gesellschaft weiter erschweren, weil zivilgesellschaftliche Strukturen zerstört werden. Inzwischen kommt der Krieg auch im Innern Russlands an: Der Rückzug internationaler Unternehmen sowie das Fehlen von Technologie und Komponenten vom Bergbau bis hin zu Rüstung und

Raumfahrt lassen die Wirtschaft implodieren; bereits jetzt erodieren die Staatseinnahmen. Die glaubhafteste Drohung der wirtschaftlichen Waffe: Entwertung des Schatzes an fossilen Ressourcen in Russland durch Boykott von deren Ausfuhr bis hin zur Abschottung von westlichen Technologien zur Förderung und Verteilung.

Ein kurzer, aber harter Sanktionsschlag muss dem Krieg die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen entziehen. Dazu ist Einigkeit nötig: kein Transport von Öl auf griechischen oder zypriotischen Tankern, kein Export von Pipeline-Technologie nach China oder Indien, um russisches Überangebot verkaufsfähig zu machen. Putin sollte die ökonomische Waffe richtig einordnen, zumal Russland für China kein Partner ist, solange die amerikanischen Androhungen von Sekundärsanktionen über der Volksrepublik schweben.

Diese Spezialoperation muss vor dem Winter einbruch anlaufen. Denn sonst droht durch die andauernde Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine eine humanitäre Katastrophe, die jedes Arrangement weiter erschwert. Entweder Putin erkennt die Schrift an der Wand und lenkt ein, oder sein Land muss durch eine ökonomische Anpassungskrise gehen, die das weitere Kriegführen wirtschaftlich unmöglich macht.

Das wird Europa erhebliche Opfer abverlangen; und diese sollte man dann als Investition in den Frieden begreifen. Ist man dazu nicht bereit, werden weitaus höhere Konfliktkosten anfallen. Während Russlands ökonomische Perspektiven durch die Defossilisierung der Welt und seine institutionellen Verkrustungen düster sind, hat der Westen durchaus Chancen, aus der Klimapolitik ein Wachstumsmodell zu machen. Russland könnte sich besserstellen, wenn es mit dem Westen kooperierte – aber mit einer Besetzung der Ukraine besteht dazu keine Chance.



Ulrich Blum ist emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und ist in der Führung des Deutschen Lithiuminstituts tätig. Er ist Autor eines Standardwerks zum Thema Wirtschaftskrieg.